

auch im Lichte konkurrierender sozialwissenschaftlicher Interpretationen, die stärker auf politische Repräsentationsmodi oder (auch soziale) Institutionen abheben, und Politik nicht auf die Weise der Kapitalakkumulation reduzieren. Unterm Strich handelt es sich also um eine theorieimmanente gelungene Interpretation von Staat und Gesellschaft in Afrika. Sie fordert aber auch zum Widerspruch heraus, der theoretisch wohlbegründet sein will, und gerade deshalb der deutschen Diskussion gut täte.

Ulf Engel

**Winfried Halder, „Modell für Deutschland“. Wirtschaftspolitik in Sachsen 1945–1948, Verlag Ferdinand Schöningh, Paderborn u.a. 2001, 638 S.**

Die wirtschaftliche Entwicklung der Sowjetischen Besatzungszone ist seit Mitte der neunziger Jahre immer wieder Gegenstand historischer Forschung gewesen: Schon Norman Naimark hat 1995 in seiner grundlegenden Darstellung zur SBZ den ökonomischen Maßnahmen der russischen Besatzungsmacht besondere Aufmerksamkeit geschenkt, und die Beiträge des im gleichen Jahr von Christoph Buchheim herausgegebenen Sammelbandes über die wirtschaftlichen Folgelasten des Zweiten Weltkrieges belegen sowohl den hohen Stellenwert sowjetischer Reparationsforderungen als auch den engen Handlungsspielraum deutscher Wirtschaftsfunktionäre in der SBZ/DDR bis in die fünfziger Jahre hinein. Daß Sachsen als Industrieland innerhalb der SBZ eine besondere Bedeutung zukam, hat zuletzt Gerd Hackenberg in seiner Studie über den

wirtschaftlichen Wiederaufbau in Sachsen nach 1945 gezeigt.<sup>1</sup>

Winfried Halder legt nun mit seiner Habilitation eine fundierte Untersuchung der deutschen Wirtschaftspolitik in Sachsen zwischen 1945 und 1948 vor. Der Autor konzentriert sich auf das Wirtschaftsressort der sächsischen Landesverwaltung bzw. der Landesregierung Sachsen, und die Beschränkung auf Akten deutscher Provenienz führt dazu, „daß die ‚Binnenperspektive‘ des Dresdner Wirtschaftsressorts im Vordergrund der Darstellung steht“ (S. 21). Entsprechend wird auch die Wechselwirkung zwischen sowjetischer Besatzungspolitik und der Entwicklung der deutschen Verwaltung überwiegend aus der Perspektive der Letzteren erörtert.

Im Zentrum der Studie steht Fritz Selbmann, der im Darstellungszeitraum als Vizepräsident der sächsischen Landesverwaltung bzw. ab 1946 als Minister für Wirtschaft in Sachsen für die Wirtschaftspolitik verantwortlich zeichnete. Daß er gleichwohl selten maßgeblichen Einfluß auf den Gang der Dinge ausübte und zu den Prämissen der sowjetischen Reparationspolitik oftmals nicht mehr als ein ‚meteorologisches‘ Verhältnis gewinnen konnte, arbeitet Halder überzeugend heraus.

Der gelernte Bergarbeiter Selbmann, 1899 im hessischen Lauterbach geboren, hatte zwar in der KPD der Weimarer Republik politische Erfahrungen sammeln können und wurde 1932 Mitglied des Deutschen Reichstages. Aber er hatte bis 1933 kein Amt in der staatlichen Exekutive inne, und war 1945 – nach jahrelanger Haft in Waldheim und verschiedenen KZ – weder mit Wirtschaftsfragen noch mit der Linie der Moskauer Exil-KPD vertraut.

Daß Selbmann dennoch „zu den ‚Gründervätern‘ des DDR-Wirtschaftssystems gehört“ (S. 82), führt Halder vor allem auf informelle Beziehungen und schlichte Zufälligkeiten zurück, etwa auf den Umstand, daß Hermann Matern im August 1945 auf einer KPD-Versammlung den Eindruck gewann, daß der Redner Selbmann ein „Wirtschaftler“ (S. 92) sei. Auch zeugte Selbmans ganzes Auftreten „von ungewöhnlicher Energie“ (ebd.). Abwegig ist nach Halder indes die Annahme, Fritz Selbmann sei aus innerparteilichem Dissens aus Leipzig, wo er seit Mai 1945 führend in der KPD tätig war, nach Dresden abgeschoben worden.

Die Arbeit der sächsischen Wirtschaftsverwaltung zwischen 1945 und 1948 war durch mehrere Faktoren bestimmt, die sich über Jahre hinweg wechselseitig verschränkten und einer Konsolidierung im Wege standen. So erwies sich die Kompetenzverteilung zwischen den unterschiedlichen deutschen Verwaltungsstellen der Landesebene und der Zentralverwaltung als schwierig, was nicht zuletzt an „der unklaren Formulierung der jeweiligen Aufgabenstellung durch die Besatzungsmacht“ (S. 150) lag.

Obwohl an der sowjetischen Dominanz kein Zweifel bestehen konnte, ergaben sich trotz detaillierter Befehle gerade in Fragen der Wirtschaftsplanung „wesentliche Lücken in den Vorgaben von sowjetischer Seite“ (S. 602), die allerdings von der deutschen Verwaltung nur in dem Umfang zur Mitgestaltung genutzt werden konnten, wie die deutschen Funktionäre selbst Fachkompetenz entwickelten und ihre Arbeit keine elementaren Reparationsinteressen der Sowjetunion berührte. Die kommunistische Ideologie bot

allein keine klare Handlungsanweisung für die Arbeit der Wirtschaftsverwaltung, da die Exil-KPD „weder ein praktisches, methodisch abgesichertes Konzept für die Wirtschaftsplanung noch entsprechend ausgebildete ‚Kader‘“ (S. 596) mitbrachte. Mithin blieben Appelle Selbmans, man müsse „nicht nur den Wiederaufbau der sächsischen Wirtschaft in seiner Arbeit sehen [...], sondern auch die neuen Perspektiven, die sich in der Entwicklung der Wirtschaft anbahnen werden“ (S. 111), wirkungslos gegenüber den drängenden Aufgaben des Wiederaufbaus.

Auch als nach dem Volksentscheid im Juni 1946 wesentliche Betriebe der sächsischen Industrie in Landesbesitz gelangten und sich die Frage einer Wirtschaftsplanung völlig neu stellte, blieb die Arbeit des Dresdner Wirtschaftsressorts von Improvisationen und zunehmend auch von einer Ausblendung unbewältigter Probleme geprägt. Neuansätze, etwa die von der SMAD für Anfang Januar 1947 proklamierte ausschließliche Verantwortung der Landes- und Provinzialverwaltungen „für die Realisierung der Wirtschaftspläne“ (S. 372), brachten kaum Erleichterung.

Es spricht für Fritz Selbmans Mut, daß er sich angesichts der gleichbleibend dramatischen Versorgungslage im Mai 1947 mit einem Memorandum unter Umgehung aller zuständigen Gremien der SED und der sowjetischen Besatzungsbehörden direkt an die Staats- und Parteiführung der UdSSR wandte. In diesem bereits 1993 von Rainer Karlsch veröffentlichten Dokument fordert Selbmann eine klare administrative Regelung der Wirtschaftsplanung, die materielle Unterstützung einzelner Wirtschaftssektoren



sowie ein Ende der Bevorzugung der Reparationsgüterfertigung.<sup>2</sup> Kurzum: Selbmann faßte in seinem Memorandum all das zusammen, was zu den „entscheidenden Hindernissen für ein Funktionieren des Konzeptes der Wirtschaftsplanung“ (S. 435) zählte.

Der Umstand, daß das Memorandum keine echte Verbesserung der Lage in der SBZ zur Folge hatte, weist einmal mehr auf die Konstante sowjetischer Besatzungspolitik, alle wirtschaftlichen Bedingungen nach eigener Prioritätensetzung zu entscheiden und durchzusetzen. Ein langfristigeres Kalkül, daß neben dem unmittelbaren Effekt hoher Reparationsausbeute eine gleichsam ‚nachhaltigere‘ Nutzung sächsischer Industriearbeitskräfte in Erwägung zog, ließ sich bis 1948 nur ansatzweise ausmachen. Mithin bildete die sächsische Wirtschaft „die wichtigste Quelle von Reparationsleistungen unterschiedlicher Art an die sowjetische Besatzungsmacht“ (S. 590).

Die Entscheidung des Autors, die Fülle der wirtschaftspolitischen Aspekte innerhalb von chronologischen Hauptkapiteln sachsystematisch anzuordnen, führt leider dazu, daß die Erörterung vieler Detailfragen durchgängig zerstückelt erscheint. Dieser Eindruck wird noch dadurch verstärkt, daß die analytische Bündelung und gezielte Zusammenführung der Hauptstränge am Ende des Buches unerwartet knapp ausfällt.

Das Beispiel der Sowjetischen Aktiengesellschaften (SAG) verdeutlicht, daß durch diese Entscheidung die Lektüre der Studie erschwert wird. Die SAG waren deutsche Industriebetriebe, die Mitte 1946 in sowjetisches Eigentum übergingen, überwiegend in die Reparationsgüterproduktion (mit privilegierter Materialversorgung) einge-

bunden waren und ab 1947 sukzessive in Volkseigentum überführt wurden.

Damit stellen die SAG-Betriebe einen wichtigen Indikator für die Konjunkturen sowjetischer Besatzungspolitik dar, etwa wenn Halder konstatiert, in den „Unterlagen des Dresdner Wirtschaftsressorts zur Vorbereitung des Volksentscheids“ finde sich kein Hinweis darauf, „daß gerade einige Großbetriebe von besonderer Bedeutung aus der Entscheidung des 30. Juni [1946] ausgeklammert“ (S. 278) blieben.

Die Sonderstellung der SAG blieb der deutschen Wirtschaftsverwaltung auf Landes- und Zonenebene als „Schnitt“ durch die volkswirtschaftlichen Zusammenhänge der Zonen-Industrie“ (S. 319) durchgängig ein Dorn im Auge. Aber allein die Tatsache, daß die Forderung aus Selbmans Memorandum nach einem „Ende der starken Bevorzugung der SAG-Betriebe bei der Verteilung knapper Güter“ (S. 462) trotz administrativen Nachdrucks gegenüber der SMAD keine Berücksichtigung fand, charakterisiert anschaulich das durchgängige Ungleichgewicht zwischen sowjetischer Besatzung und deutscher Verwaltung.

Solche wichtigen Details werden von Halder allein im Laufe der Untersuchung erörtert und nur unzureichend resümiert. Hier hätte die Studie durch umfangreichere Schlußfolgerungen an erklärender Kraft und analytischer Präzision gewinnen können. So hängt schließlich auch der programmatisch klingende Titel der Studie, „Modell für Deutschland“, weitgehend in der Luft.

Trotz dieser Einschränkung bleibt *Winfried Halders* Studie von großer Bedeutung, da sie eine wesentliche Lücke für das Verständnis der Implementierung der Zentralverwaltungs-

wirtschaft in der SBZ und späteren DDR schließt.

Oliver Werner

- 1 N. Naimark, Die Russen in Deutschland. Die Sowjetische Besatzungszone 1945 bis 1949, Berlin 1997 [engl. EA 1995]; C. Buchheim (Hrsg.), Wirtschaftliche Folgelasten des Krieges in der SBZ/DDR, Baden-Baden 1995; G. Hackenberg, Wirtschaftlicher Wiederaufbau in Sachsen 1945–1949/50, Köln u.a. 2000.
- 2 R. Karlsch, Das „Selbmann-Memorandum“ vom Mai 1947. Fritz Selbmann und die Reparationslasten der sächsischen Industrie, in: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung 35 (1993), S. 88–125.

**Antonia Maria Humm, Auf dem Weg zum sozialistischen Dorf? Zum Wandel der dörflichen Lebenswelt in der DDR und der Bundesrepublik Deutschland 1952–1969 (Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft, Bd. 131), Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen 1999, 352 S.**

Zwölf Jahre nach der deutschen Einigung bleibt die Geschichte der ländlichen Gesellschaft in der SBZ und der DDR von hohem wissenschaftlichen und politischen Interesse. Schon zu DDR-Zeiten wurden die Archivbestände zu diesem Thema zum Teil ausgewertet. Die politische Einstellung der damaligen Autor(inn)en war notwendigerweise ganz im ideologischen Sinne des SED-Staates, doch blieben die Probleme und die Konflikte der Bodenreform, der Vergenossenschaftlichung und des sogenannten „Klassenkampfes auf dem Dorfe“ bestimmt nicht unerwähnt.

Der 1963 veröffentlichte Roman „Ole Bienkopp“ von Erwin Strittmatter war darüber hinaus eine unerbittliche Darstellung des politischen und gesellschaftlichen Drucks auf den Einzelbauern in den fünfziger Jahren und im sogenannten sozialistischen Frühjahr 1960. Im Jahre 1984 wollte Gabriele Eckart unter dem Titel „So sehe ick die Sache“ ihre protokollarische Darstellung des kollektiven Lebens im Haveländischen Obstanbaugebiet in der DDR veröffentlichen. Das Buch konnte aber aus politischen Gründen nur in der Bundesrepublik erscheinen. Seit 1990 haben die Arbeiten von Arnd Bauerkämper und einigen anderen die Bodenreform und die Ansätze zu genossenschaftlicher Arbeit unter die Lupe gestellt. Die Fragestellung betrifft vorrangig nicht die SED-Politik selbst sondern das tagtägliche Erlebnis der Agrarbevölkerung. Untersucht wurden z.B. das dörfliche Milieu, das Verhältnis zwischen Alt- und Neubauern, die Rollen der Männer und der Frauen, und die Einstellung der Kirchen.

In diesem Zusammenhang ist das Buch von *Antonia Maria Humm* sehr zu begrüßen. Ihre detaillierte ortsspezifische Studie betrachtet die Jahre zwischen dem Ausruf der Sozialisierung 1952 und den späten sechziger Jahren. Als Quellen werden nicht nur die Staats- und Parteiakten zur Kenntnis genommen, sondern auch die Bestände der Gemeinde-, Bezirks- und Kirchenarchive, sowie viele inhaltsreiche Zeitzeugeninterviews. Das untersuchte DDR-Gemeinde ist Niederrimmern, ein thüringisches Dorf zwischen Weimar und Erfurt. Darüber hinaus wird als Vergleichsbeispiel das nordöstlich von Ulm liegende württembergische Dorf Bernstadt genommen, um Fragen